

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 13

Artikel: Militärintervention ja oder nein?
Autor: Haeberli, Enis Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092740>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Enis Georg Haeberli zum Drama in Bosnien

Militärintervention ja oder nein?

In «zeitbild» 11/93 hat Enis Georg Haeberli, ehemaliger Sekretär der Kommission für militärische Landesverteidigung im EMD, die «Krafftelder» rund um den Balkan analysiert. In diesem Teil versucht er eine Antwort zu geben auf die Frage, wie sinnvoll eine militärische Intervention – oder vielleicht auch der Verzicht darauf – ist.

Im Buch «Über die Natur des Krieges», dem ersten Band seiner «Hinterlassenen Werke über Krieg und Kriegführung», begründet der bedeutende Militärwissenschaftler und Philosoph Carl von Clausewitz (1780–1831) in schlüssiger Weise die unlösbare Verbindung, die zwischen Politik und Krieg besteht. Immer, ob man es wahrhaben will oder nicht, liegt dem Krieg ein politischer Zweck zugrunde. Der Satz «Der Krieg ist eine bloss Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln» ist heute allgemein bekannt. An anderer Stelle sagt Clausewitz: «Der Krieg ist ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen.» Und ferner: «... Das Ziel ist, den Feind wehrlos zu machen...»

Realitätsverlust – ein abendländisches Syndrom

Unter dem verhängnisvollen Einfluss des utopisch-pazifistischen Extremdenkens wurde in Westeuropa seit Jahrzehnten dieser Zusammenhang aus dem Bewusstsein ausgeblendet und geriet in Vergessenheit. Mitunter wurde der Zusammenhang zwischen Krieg und Politik auch schlichtweg geleugnet – selbstverständlich ohne dafür eine Begründung zu geben. Nicht zuletzt die Medien spiegeln jahrzehntelang diesen Realitätsverlust wider.

Dieser Realitätsverlust beschränkt sich – vereinfachend gesagt – mit unterschiedlicher Intensität vorwiegend auf Länder und Völker des abendländischen Kulturkreises, auf West- und Mitteleuropa. Ausserdem macht es den Anschein, dass es sich hierbei eher um ein «germanisches» Syndrom als um ein «romanisches» handeln dürfte. In den Ländern des früheren Ostblocks, in

Asien und namentlich auch in den islamischen Ländern scheinen die Völker wie auch die politisch Handelnden von diesem Realitätsverlust unberührt geblieben zu sein. Die grossen Gefahren, welche dieses krasse Ungleichgewicht, das auf geistiger Ebene besteht, mit sich bringt, sollten eigentlich in die Augen springen.

Im Gegensatz zu 1938 starke Westmächte

Der Vergleich der labilen sicherheitspolitischen Situation von heute mit derjenigen von 1934–1939 ist leider nur allzu berechtigt. Ein Unterschied, der indessen am Endergebnis nichts ändert, besteht allerdings:

In den Jahren vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges spielten die Westmächte die Rolle des Papiertigers nicht allein auf der geistigen und politischen Ebene; sie waren (aus eigenem Verschulden!) auch in militärischer Hinsicht dem gefährlich erstarkten Deutschen Reich hoffnungslos unterlegen. Heute dagegen steht den westlichen und europäischen Papiertigern ein militärisches Kampfinstrument von enormer Schlagkraft und von eindrucksvoller technischer Vollkommenheit und Präzision zur Verfügung. Man braucht dazu beispielsweise in der Presse und im Fernsehen nur die Bilder von den in der Adria kreuzenden vollbestückten Flugzeugträgern zu betrachten.

Was ganz offensichtlich fehlte und noch fehlt, ist der eindeutige und unmissverständlich signalisierte politische Wille, dieses Instrument notfalls auch zum Einsatz zu bringen. Es darf durchaus behauptet werden, dass, wenn dieser politische Wille wirklich vorhanden gewesen wäre, es zu der tragischen Entwicklung in Jugoslawien und namentlich in Bosnien gar nicht erst hätte zu kommen brauchen.

Die Rolle des böartigen, hochgerüsteten und zu allem entschlossenen Riesen von damals wurde nun durch einen Zwerg übernommen. Man darf sich ruhig fragen, welche von den beiden nun fünfzig Jahre auseinanderliegenden Situationen für die Westmächte kläglicher und beschämender ist.

Immer liegt dem Krieg ein politischer Zweck zugrunde.

Wandel des Meinungsklimas

«Frieden schaffen ohne Waffen.» «Stell dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin.» Die Torheit und der betrügerische Charakter dieser, aber auch anderer einschlägiger «Thesen» liegt heute angesichts dessen, was in Bosnien geschieht, doch wohl offen zutage. Dasselbe gilt auch für das als Ersatz für eine bewaffnete Landesverteidigung empfohlene Modell einer «Sozialen Verteidigung», gemäss welchem man einen imperialistischen Aggressor kampflos ins Land lassen sollte und ihn dann durch sogenannten «Passiven Widerstand», friedliche Demonstrationen, Ausstreuen von Flugblättern und durch diskussionsweises Erläutern unserer demokratischen und sozialen Institutionen usw. dazu bewegen sollte, das Land freiwillig zu räumen oder die Bevölkerung doch wenigstens pfleglich zu behandeln. Erinnern wir uns doch auch an jene absurden und zermürbenden Diskussionen im Vorfeld der Abstimmung über die Initiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA), in denen versucht werden musste, in einer hysterisch angeheizten Atmosphäre, erwachsenen und gewiss auch intelligenten, aber offensichtlich verblendeten Menschen einige primitive Binsenwahrheiten und Grunderfahrungen begreiflich zu machen.

Und dennoch lassen sich heute hin und wieder zaghafte Indizien für ein langfristiges Umdenken erkennen. In den Medien werden hin und wieder die UNO und die westeuropäischen Länder verbal mit einer Schärfe und einer Rhetorik angegriffen, die indirekt kaum einen anderen Schluss zulässt als die Forderung nach einer militärischen Intervention.

Interessant ist auch eine vor Jahresfrist ausgestrahlte Fernsehreportage eines DRS-Journalisten aus Stepanakert, der Hauptstadt der armenisch besiedelten Enklave Berg-Karabach: Zwischen zerstörten Häusern und vor einer realistischen Gefechtslärmkulisse erklärte der Reporter eindringlich und völlig zu Recht, dass die Armenier eben ihre Heimat verteidigen. Unwillkürlich stieg einem da die Erinnerung an das Hohn-

Wenn bei den Westmächten der politische Wille zur Militärintervention vorhanden gewesen wäre, hätte es nicht zur jugoslawischen Tragödie kommen müssen.

Fortsetzung Seite 4

gelächter auf, mit welchem man im Vorfeld der Diskussion um die GSoA-Initiative zur Abschaffung der Armee auf die Feststellung rechnen musste, wonach unsere Armee zur Verteidigung unseres Landes bestimmt sei.

Von besonderem Interesse ist endlich eine Pressemeldung im «Bund» Nr. 69 vom 24. März 1993: Im Zusammenhang mit einer geplanten nationalen Kundgebung gegen den Krieg in Bosnien und zugunsten der wehrlosen Kriegsoffer wurden da nebst anderem auch die Forderungen erhoben, es sei das Waffenembargo gegen Bosnien aufzuheben und UNO-Truppen sollten in einer begrenzten militärischen Aktion die schweren Waffen der kriegführenden Parteien zerstören. Das Erstaunliche daran liegt in der Tatsache, dass diese Forderungen von einem Personenkreis unterstützt werden, der dem Umfeld der Sympathisanten der GSoA ziemlich nahe kommen dürfte.

Das Umdenken kommt leider nur sehr langsam voran. Was muss eigentlich noch alles geschehen? Muss es denn wirklich immer so sein, dass manche Menschen, wenn überhaupt, erst dann zur Besinnung kommen, wenn ihnen das Haus über dem Kopf angezündet wird?

These 1: Glaubwürdigkeit zurückgewinnen

Es ist von allererster Dringlichkeit, den verhängnisvollen Einfluss des utopisch-pazifistischen Extremdenkens in Westeuropa zu überwinden. Das weltweit an-

geschlagene Ansehen der westeuropäischen Länder muss wiederhergestellt werden. Sie müssen die beschämende und verantwortungslose Rolle des Papiertigers endlich und für alle Zukunft ablegen. Das ist ein schwieriges, vielschichtiges und langfristiges Unterfangen. Es ist für Westeuropa zudem überlebenswichtig.

Das Ziel muss auf vielgestaltige Weise angegangen werden. Eine Möglichkeit könnte darin bestehen, dass über die Gefahren und Risiken für die Sicherheit und den Frieden auf dieser Welt, wie sie zum Beispiel im Vorhergehenden geschildert werden, eine breite Diskussion in Gang gebracht wird. Das wird nicht leicht sein, und mit der Kooperationsbereitschaft der Medien kann nur bedingt gerechnet werden. Was unser Land betrifft, so ergab sich die Möglichkeit und Notwendigkeit zu dieser Diskussion im Vorfeld der Abstimmung vom 6. Juni 1993 über die beiden Verfassungsinitiativen betreffend die Kampfflugzeugbeschaffung und betreffend die Waffenplätze gleichsam wie von selbst. Die Diskussion ist selbstverständlich auch über das Abstimmungsdatum hinaus — und zwar ohne Rücksicht auf den Ausgang — weiterzuführen.

These 2: Zusammenhang zwischen Politik und Krieg

Die Erkenntnis, dass nur noch mit militärischer Gewaltanwendung etwas erreicht werden kann, wenn man auch tatsächlich und ernsthaft gewillt ist, die

«Man fängt keinen Krieg an, ohne sich zu sagen, was man mit und was man in demselben erreichen will, das erstere ist der Zweck, das andere das Ziel.»

Serben wirksam in die Schranken zu weisen und der bedrängten Moslembevölkerung Erleichterung zu verschaffen, kann doch wohl vernünftigerweise von niemandem mehr bestritten werden. Ob ein solcher militärischer Schlag auch wirklich unternommen werden kann beziehungsweise soll oder nicht, wann und wie das gegebenenfalls zu geschehen hätte, ist eine andere Frage, auf die noch zurückzukommen sein wird. Hier geht es einzig und allein um die rationale Erkenntnis, dass militärische Gewaltanwendung oder die glaubhafte Drohung mit einer solchen in bestimmten Situationen das einzige Mittel sein kann, um der anderen Seite unseren Willen aufzuzwingen. Auch hier geht es um den unauflösbaren Zusammenhang zwischen Politik und Krieg.

These 3: Zweck und Ziel definieren

Angesichts des sich offensichtlich ungebremst und immer rascher steigenden Infernos in Bosnien würde sich, wenn wir uns nur von unseren Empfindungen, vom Mitleid, von der Empörung, aber auch gewissen Schuldgefühlen leiten liessen, gewiss der Schluss aufdrängen, dass ein effizienter und nachhaltiger militärischer Schlag so rasch wie möglich geführt werden müsste. Wenn schon, dann lieber heute als morgen. Diese Ungeduld ist nur allzu verständlich. Ihr nachzugeben wäre in der gegebenen Situation verhängnisvoll.

«Man fängt keinen Krieg an (im Falle Bosniens sollte man besser von «Feldzug» sprechen; denn ein Krieg ist ja bereits im Gange; Anm. d. Autors) oder man sollte vernünftigerweise keinen anfangen, ohne sich zu sagen, was man mit und was man in demselben erreichen will, das erstere ist der Zweck, das andere das Ziel», sagt Clausewitz und widmet dieser vielschichtigen Problematik in seinem Hauptwerk eigens ein Buch. Eine Unmenge von Fragen und Imponderabilien gilt es in der Tat zu prüfen und zu bewerten. Dazu gehören auch die Fragen nach dem Bedarf an Kräften und nach deren Verfügbarkeit, nach den aus der Aktion sich ergebenden weiterreichenden Folgen und Risiken und vieles andere mehr. Es ist überaus lehrreich, die komplizierte und riskante Situation in Bosnien im Lichte der Ausführungen zu analysieren, die uns Clausewitz in seinen Skizzen zum achten Buch, «Kriegsplan», hinterlassen hat. Man kann hin und wieder über die Aktualität seiner Gedanken nur staunen.

Unter den gegebenen Umständen erscheint jede Vorstellung von einer umfassenden und grossen militärischen Aktion in Bosnien — etwa vergleichbar mit derjenigen gegen den Irak um die Jahreswende 1990/91 — aus zahlreichen

Erschüttert steht ein bosnisches Ehepaar in den Haustrümmern ihrer Nachbarn, die bei einem Bombenangriff umgekommen sind (Foto: Keystone).



OSTPERSPEKTIVEN

Gründen völlig unrealistisch. Sie würde ja schon von vorneherein im Sicherheitsrat an einem russischen Veto scheitern. Auch ist die UNO schon jetzt weltweit an vielen Orten und zusammengenommen mit bedeutenden militärischen Kräften engagiert. In der Tat sind die Optionen für ein sinnvolles und effizientes militärisches Eingreifen mittlerweile sehr zusammengeschrunpft.

Rein technisch betrachtet, das heisst ohne zum Beispiel die politischen Implikationen zu berücksichtigen, wären gewiss punktuelle Aktionen gegen serbische Waffenstellungen und Infrastruktureinrichtungen usw. denkbar. Deren Zweck (nach der Terminologie von Clausewitz) wäre, den Bosniern etwas Erleichterung zu verschaffen und die UNO in die Lage zu versetzen, ihre humanitären Aktionen auch wirklich ungehindert durchzuführen.

Denkbar wäre auch eine Aufhebung des Waffenembargos gegen Bosnien, eventuell verbunden mit einer gezielten Lieferung solcher Waffen samt dem erforderlichen Ausbildungspersonal. Aber selbst diese Massnahmen wie auch die angedeuteten beschränkten Einsätze dürften aus den bekannten Gründen bereits im Sicherheitsrat scheitern.

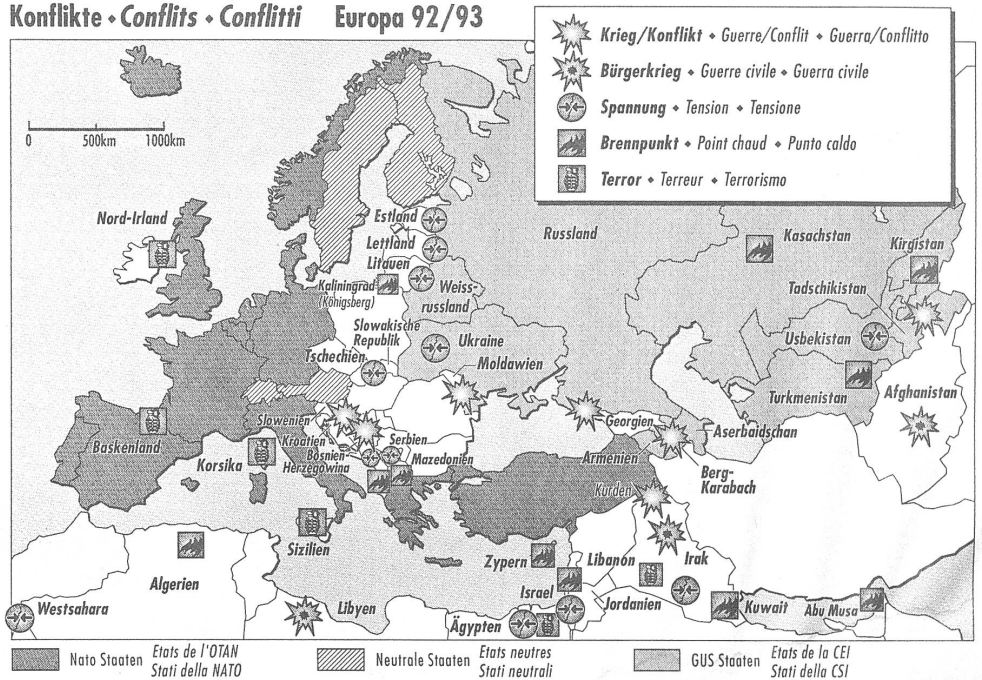
These 4: Konsequenzen durchdenken

Dieser düstere Befund zwingt uns, die denkbare Entwicklung der Ereignisse näher zu untersuchen, mit welcher man zu rechnen hätte, falls man die Dinge in Bosnien weiterhin unkontrolliert treiben liesse:

In den islamischen Ländern könnten sich der Zorn und die Emotionen in gefährlicher Weise steigern. Eine Eruption mit unabsehbaren Auswirkungen in Eurasien und Nordafrika könnte die Folge sein. Auch die Stabilität Russlands könnte (zum Beispiel durch eine Erhebung seiner verbliebenen Moslembevölkerung) ins Wanken geraten. Bürgerkriegsähnliche Verwicklungen könnten zu einer Spaltung des Regierungsapparates, vielleicht auch desjenigen der russischen UNO-Delegation führen.

Auch in den westeuropäischen Ländern könnten sich der Zorn und die Emotionen steigern und zu einer Eindämmung des Einflusses des utopisch-pazifistischen Extremdenkens führen. Dadurch würden für diese Länder beziehungsweise deren Regierungen günstigere Voraussetzungen herbeigeführt, um die verhängnisvolle «Papiertigerrolle» aufzugeben. Diese Entwicklung könnte noch eine Verstärkung und eine Beschleunigung erfahren, wenn es in Westeuropa zu vermehrten Anschlägen und Zusammenstössen mit tatsächlicher oder auch

Konflikte • Conflits • Conflitti Europa 92/93



nur vermeintlicher moslemischer Urheberchaft kommen sollte.

Die Dinge könnten also gewaltig in Fluss geraten, und es könnten plötzlich dramatische Situationen entstehen, in denen ein energisches militärisches Eingreifen seitens westeuropäischer oder auch anderer Staaten — und zwar mit oder auch ohne Segen der UNO — ganz einfach zwingend und unvermeidlich würde. Dazu nur zwei Beispiele: a) Herausheben grösserer bedrängter oder sogar von einer Vernichtung bedrohter nationaler UNO-Kontingente; b) Verhindern einer unmittelbar drohenden Übernahme nuklearer Waffensysteme zum Beispiel in Kasachstan durch unverantwortliche Elemente.

Eine solche dramatische Wende liesse sich durchaus mit der Lage in Europa im März 1939 vergleichen, als deutsche Truppen mit einem klaren Bruch des «Münchener Abkommens» vom September 1938 den verbliebenen Rest der tschechoslowakischen «Länder» Böhmen und Mähren besetzten. Damals wurde die europäische Öffentlichkeit aus ihren Träumen vom geretteten Frieden in brutaler Weise auf den Boden der Wirklichkeit zurückgeholt. Auch das bewirkte damals eine geistige Wende.

These 5: Realistischer Optimismus

Auch wenn die geschilderten Szenarien nur eine von zahlreichen Möglichkeiten darstellen, bleibt das Gesamtergebnis des

Versuchs einer sicherheitspolitischen Lagebeurteilung düster. Trotz allem verbleibt uns eine ermutigende Erkenntnis: Auch wenn die Not und die Gefahren gewaltige Ausmasse annehmen und unüberwindbar erscheinen mögen, darf man eigentlich stets damit rechnen, dass einem Kräfte und neuer Handlungsspielraum gegeben werden, an die vorher niemand gedacht hätte. Mit ihnen kann — selbstverständlich nur langfristig und möglicherweise unter schweren Opfern und Entbehrungen — eine Wende zum Besseren vielleicht noch herbeigeführt werden.

Die Regierungen der westeuropäischen Demokratien täten gut daran, nach der Art dieser Lagebeurteilung möglichst viele denkbare Entwicklungsszenarien durchzudenken und die gewonnenen Erkenntnisse zum mindesten an informellen Konsultationen miteinander zu erörtern und zu beherzigen. ■

Wir sollten die denkbare Entwicklung der Ereignisse näher untersuchen, falls man die Dinge in Bosnien weiterhin unkontrolliert treiben lässt.